



DIE SPITÄLER DER SCHWEIZ  
LES HÔPITAUX DE SUISSE  
GLI OSPEDALI SVIZZERI

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO  
Frau Deborah Balicki  
Ressort Arbeitnehmerschutz  
Effingerstrasse 31  
3003 Bern

Ort, Datum  
Ansprechpartner

Bern, 27. Oktober 2008  
Martin Bienlein

Direktwahl  
E-Mail

031 335 11 13  
martin.bienlein@hplus.ch

## **H+ Anhörungsantwort zur Revision der Verordnung 2 zum Arbeitsgesetz**

Sehr geehrte Frau Balicki

Sie haben uns eingeladen, uns zur Revision der Verordnung 2 zum Arbeitsgesetz zu äussern, wofür wir Ihnen bestens danken. Basierend auf einer erneuten Umfrage bei unseren Mitgliedern nehmen wir gerne dazu Stellung.

### **Ja zur Anzahl gearbeiteter Wochentage, Art. 7 ArGV 2**

Der vom seco vorgeschlagenen Lösung betreffend die Erhöhung der Anzahl aufeinander folgender Arbeitstage (von heute 5 ½ resp. 6 auf 7 Tage) stimmen wir zu. Sie kommt den Bedürfnissen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber nach. Die damit verbundenen Voraussetzungen (unmittelbar nach dem siebten Arbeitstag drei freie Tage, wöchentliche Höchst-arbeitszeit von 50 Stunden im Durchschnitt von zwei Wochen einzuhalten, Anzahl der zulässigen Stunden während des Tages- und Abendzeitraums auf neun begrenzt) sind angemessen. Auch wenn wir hier zustimmen, müssen wir festhalten, dass es Mitgliedsbetriebe gibt, die selbst mit einer solchen Regelung Mühe bekunden.

Wir schlagen Ihnen vor den Unterschied zwischen Absatz 1 und Absatz 2 des Artikels 7 klarer herauszuarbeiten. Der erklärende Begriff „Fünf-Tage-Woche“ als drittletztes von 34 Wörtern kommt zu spät. Zudem ist die Differenz zwischen „aufeinanderfolgende Tage“ (Art. 7, Abs. 1) und „zusammenhängende ... Tage“ (Art. 7, abs. 2) ebenfalls nicht evident.

### **Ja zur Verlängerung der Dauer der Nacharbeit, Art. 10 ArGV 2**

Auch die vorgeschlagene Verlängerung der Dauer der Nacharbeit befürworten wir. Die Erfahrungen mit der bestehenden Globalbewilligung des seco vom 29. Dezember 2006 resp. vom 4. Dezember 2007 werden von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern allgemein als positiv eingeschätzt. Wir befürworten eine diesbezügliche gesetzliche Regelung.

## **Nachbesserung beim Pikettdienst, Art. 8a ArGV 2**

Wir haben uns in den Vorjahren mehrmals zum Pikettdienst geäußert und bedauern, dass keine einvernehmliche Lösung gefunden werden konnte. Den vorliegenden Verordnungsentwurf lehnen wir ab und halten an unserer bisherigen Argumentation fest, dass das Arbeitsgesetz und die Verordnung 1 für den Arbeitnehmerschutz beim Pikettdienst aus unserer Sicht genügen. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 25. Oktober 2007 ans SECO, hinter der wir nach wie vor stehen.

Würde die Verordnung aber tatsächlich in der vorliegenden Form in Kraft treten, sind für uns folgende Punkte unabdingbar:

- Senkung der **Zeitgutschrift auf 10%**. Nicht nur der Kostenschub macht den Spitälern zu schaffen, sondern auch die Rekrutierung von Ersatzpersonal. Wenn die Zeitgutschrift gesenkt wird, dann wird dieses Rekrutierungsproblem weniger verschärft. In einer kürzlich (August 2008) durchgeführten Umfrage bekundeten heute schon drei Viertel der H+ Mitglieder Probleme bei der Personalanstellung.
- **Zeitgutschrift nur für die nicht aktive Pikettzeit**. Die Argumentation für die Zeitgutschrift ist, dass die Person, die sich auf Pikett befindet, ihre Freizeit nicht voll genießen kann (Erläuternder Bericht 3, dritter Absatz: „Man muss sich vor Augen halten, ...“). Wenn das seco dieser Argumentation folgt, dann darf es auf der Interventions-, Weg- und effektiven Arbeitszeit, gar keine Zeitgutschrift gewähren, weil diese bereits wie die Arbeitszeit entschädigt werden. Von der Pikettzeit ist also die Interventions-, die Weg- und die effektive Arbeitszeit abzuziehen und nur auf der Differenz die Zeitgutschrift zu gewähren.
- **Keine Kumulation der Entschädigungen**. H+ geht davon aus, dass mit der Zeitgutschrift dem Arbeitnehmerwillen voll entsprochen wird. Deshalb werden die bestehenden zusätzlichen finanziellen Entschädigungen für die gleiche Zeit hinfällig. Dies soll in der Verordnung auch so festgehalten werden.
- **Eine jährliche Abrechnung**. Wenn einmal jährlich die Zeitgutschrift berechnet wird, dann können die Arbeitgeber den administrativen Aufwand massiv minimieren.
- **Minimum von 20 Einsätzen pro Jahr**. Nur wenn mehr als zwanzig Einsätze pro Jahr geleistet werden, soll die zusätzliche Zeit gutgeschrieben werden.
- die heutige Regelung von ArGV 1, Artikel 14, Absatz 3, zwingend beibehalten, wonach „Die Arbeitnehmer dürfen innert 4 Wochen während höchstens 14 Tagen auf Pikett gesetzt werden, wenn aufgrund der betrieblichen Grösse und Struktur keine genügenden Personalressourcen zur Verfügung stehen und die Anzahl der tatsächlichen Piketteinsätze im Durchschnitt eines Kalenderjahres nicht mehr als 5 Einsätze je Monate ausmacht.“

Ein Vergleich mit unseren Nachbarn zeigt, dass auch die EU unsere Haltung teilt. Die geplante Neufassung der EU-Arbeitszeitrichtlinie sieht vor, dass Bereitschaftsdienste nur dann als Arbeitszeit gelten, wenn auch tatsächlich eine Intervention vorliegt.

### **Trojanisches Pferd, Art. 15 ArGV 2**

Der erläuternde Bericht des seco besagt, dass die vorgeschlagene Bestimmung zum Pikettdienst aktuell nur die Krankenanstalten und Kliniken betrifft. Dies ist nicht nachvollziehbar, da andere Branchen den Pikettdienst mit einer Interventionszeit von weniger als dreissig Minuten ebenfalls kennen. Warum sollten die Spitäler und Kliniken mit dieser aufwändigen Lösung unnötig bestraft werden? Wir wehren uns entschieden gegen die Verschlechterung des Pikettdienstes im Gesundheitswesen. Diese Ungleichbehandlung vor dem Gesetz entspricht nicht dem schweizerischen Rechtssystem.

Zusätzlich befürchten die Arbeitgeber, dass in einiger Zeit eine Verlängerung der 30 Minuten Einsatzzeit in der Verordnung gefordert wird. All jene Personen werden Ansprüche geltend machen, deren Einsatzzeit darüber liegt. Dies wird zu einem neuen Kostenschub in den Spitälern führen.

### **Kostensteigerung vorprogrammiert**

Die Regelung des Pikettdienstes im vorliegenden Verordnungsentwurf treibt die Kosten für die Schweizer Spitäler, Kliniken und Pflegeinstitutionen massiv die Höhe. Die Rekrutierung des dafür notwendigen Personals ist schon schwierig genug. Damit wird die Versorgungssicherheit gefährdet.

Wir bitten Sie höflich, unsere Einwände zu prüfen und aufzunehmen. Für weitere Auskünfte stehen wir Ihnen zur Verfügung. Wir sind zudem zu einem weiteren gemeinsamen Dialog bereit, sollten sich Schwierigkeiten und Probleme des Arbeitnehmerschutzes zeigen.

Freundliche Grüsse



Dr. Bernhard Wegmüller  
Direktor

Vernehmlassungsantwort H+ vom 25. Oktober 2007 zum Regelungsentwurf vom 20.09.2007 zur Nachtarbeit, Anzahl gearbeitete Wochentage und Pikettdienste

Staatssekretariat für Wirtschaft  
SECO  
Frau Christiane Aeschmann  
Effingerstrasse 31  
3003 Bern

Bern, 25. Oktober 2007

**Vernehmlassungsantwort H+: Regelungsentwurf vom 20.09.07 zur Nachtarbeit, Anzahl gearbeitete Wochentage und Pikettdienste**

Sehr geehrte Frau Aeschmann

Wir danken für die Gelegenheit, zum Entwurf vom 20.09.07 der Regelung von Nachtarbeit, Anzahl gearbeitete Wochentage und Pikettdienste Stellung zu nehmen. Nach einer Vernehmlassung in unserer internen Arbeitsgruppe Arbeitsrecht nehmen wir dazu gerne wie folgt Stellung:

**Nachtarbeit / Anzahl gearbeiteter Wochentage**

Die Vorschge zur Regelung der Nachtarbeit und 7-Tage-Schichten entsprechen dem Kompromissvorschlag zwischen Berufsverbänden, seco und H+, hinter dem wir nach wie vor stehen.

**Pikettdienste**

Wir bedauern, dass keine einvernehmliche Lösung für die Pikettdienste gefunden werden konnte. Dem vorliegenden Vorschlag des seco zur Regelung der Pikettdienste können wir nicht zustimmen. Wir halten es für sinnvoll, am zurzeit am Status quo festzuhalten, wie wir Ihnen und Herrn Gaillard mit Schreiben vom 27. August 2007 bekräftigt haben:

**„Aus unserer Sicht genügen das Arbeitsgesetz und die Verordnung 1 für den Arbeitnehmerschutz beim Pikettdienst. Wichtig ist, dass die korrekte Anwendung der entsprechenden Artikel nun in der Praxis überprüft wird. Sollten sich dabei erhebliche Schwierigkeiten und Probleme des Arbeitnehmerschutzes zeigen, sind wir selbstverständlich für weitere Diskussionen offen.“**

Die Umsetzung der vorliegenden Regelung hätte in der Praxis folgende negativen Auswirkungen:

- Zusätzlicher Engpass bei den betroffenen Berufsgruppen (Probleme bei der Personalrekrutierung, vor allem in den Bereichen Anästhesiepflege, Operationspflege, Rettungssanität und Röntgendienst)
- Anstieg des Personalaufwandes (jährlich 6-stelliger Frankenbetrag selbst bei kleinen Spitälern)
- Administrativer Mehraufwand

Kleinere Betriebe, die ihre Notfallversorgung nicht im Schichtbetrieb, sondern im Pikettbetrieb aufrecht erhalten, wären von dieser Regelung in besonders grossem Umfang negativ betroffen.

Wir sehen drei weitere Probleme bei der vorgeschlagenen Regelung:

1. Sie misst sich nur an der Zeit bis zum Einsatz und gibt eine „Einheitsgutschrift“ vor. Unsere Umfrage zu den Pikettdiensten aus dem Jahr 2003 hat aber ergeben, dass die zeitliche oder finanzielle Entschädigung der Pikettdienste sehr unterschiedlich ist und neben der Zeit für Einsatzbereitschaft auch die Wahrscheinlichkeit von Einsätzen berücksichtigt.
2. Die Regelung bringt nicht mehr Rechtssicherheit. Mit der Einschränkung "dass die Anordnung eines Dienstes mit kurzer Einsatzzeit nur zulässig ist, wenn das aus organisatorischen Gründen unerlässlich ist" wird ein neuer Interpretationsspielraum geschaffen.
3. Da das Gesundheitswesen nicht die einzige Branche ist mit Pikettdiensten, ist davon auszugehen, dass die Einführung dieser Regelung Präjudiz-Charakter hätte.

Wir bitten Sie, die Regelung des Pikettdienstes in diesem Sinne noch einmal zu überdenken und stehen für weitere Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

**H+ Die Spitäler der Schweiz**



Dr. Bernhard Wegmüller  
Direktor